7 | 2025

# BiB.AKTUELL

## Digitale Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen

### Einschätzungen zum Mindestalter und zur Rolle von Bildungseinrichtungen

- Die Mehrheit hält ein Mindestalter von 12 Jahren für ein eigenes Smartphone und 14 Jahren für die Nutzung von Social Media für angemessen.
- Wenn über Risiken informiert wird, steigt diese Altersgrenze um etwa 4 Monate an.
- Insgesamt befürwortet eine große Mehrheit der Erwachsenen ein Verbot privater Smartphone-Nutzung an Grundschulen und eine stärkere Medienerziehung an Schulen.

www.bib.bund.de

BiB Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die zunehmende Digitalisierung hat Effekte auf das Humanvermögen von heute und morgen. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die soziale Medien nutzen, ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Die aktuellen Debatten um ein Nutzungsverbot von Handys in der Schule zeigen die Brisanz des Themas und erhöhen den Handlungsdruck auf Politik und Bildungseinrichtungen. Vor diesem Hintergrund untersucht der Hauptbeitrag des Heftes, wie sich die Einstellungen von Erwachsenen zum Mindestalter eines eigenen Smartphonebesitzes und der eigenständigen Nutzung der sozialen Medien ändern, wenn unterschiedliche Informationen über die Pros und Cons gegeben werden. Das Ergebnis zeigt: Informationen über Chancen und Risiken digitaler Medien beeinflussen das angegebene Mindestalter tatsächlich. Gleichzeitig befürwortet eine Mehrheit der Befragten nicht nur ein Handyverbot an Schulen und im Unterricht, sondern auch eine stärkere Vermittlung von Medienkompetenz im Schulunterricht. Damit liefern die vorliegenden Analysen wertvolle Ansatzpunkte für politische Entscheidungen.

Katharina Spieß

Univ.-Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB)

www.bib.bund.de/BiB-Aktuell

# *Impressum*

**Herausgeber**
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)
Friedrich-Ebert-Allee 4
65185 Wiesbaden
Direktorin: Univ.-Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Telefon: 0611 75-2235
E-Mail: post@bib.bund.de

**Erschienen**
September 2025

**Redaktionsleitung**
Esther Dopheide

**Wissenschaftliche Betreuung**
Andreas Backhaus, Samira Beringer, Stephan Bischof, Mathias Huebener, Pauline Kleinschlömer, Leonie Kleinschrot, Elisabeth Kraus, Andreas Mergenthaler, Kerstin Ruckdeschel, Sophia Schmitz

**Redaktion**
Bernhard Gückel

**Lektorat**
Britta Müller

**Gestaltung**
familie redlich AG, Berlin

**Druck**
Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

**Bildnachweise**
Titel: © Lacheev/gettyimages.com
S. 2, 9, 12: Peter-Paul Weiler für BiB
S. 11: BiB

**ISSN (Online) ISSN 2944-2478**

**ISSN (Print) ISSN 2944-246X**

**URN:nbn:de:bib-ba072025**

Jeder Nachdruck und jede Vervielfältigung – auch auszugsweise – bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB).

**Abonnement**
abo-bib-aktuell@bib.bund.de

BiB ANALYSE KOMPAKT

# Digitale Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen

## Einschätzungen zum Mindestalter und zur Rolle von Bildungseinrichtungen

*Sophia Schmitz (BiB); C. Katharina Spieß (BiB); Sabine Düval (BiB & DJI); Mathias Huebener (BiB); Nico A. Siegel (GIM)*

### Forschungsfrage

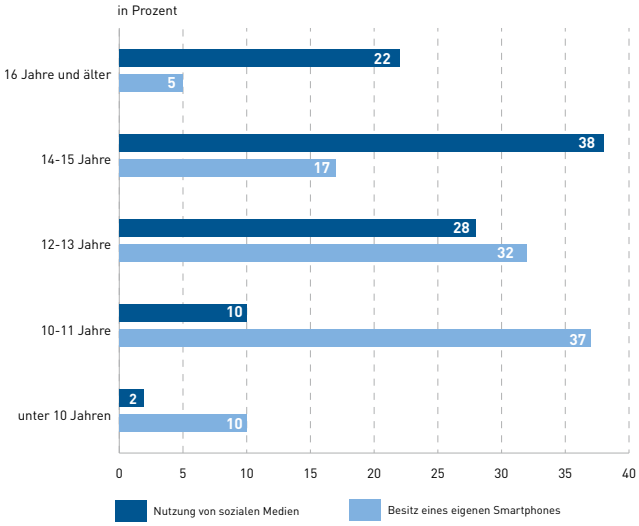
- Ab welchem Alter sollten Kinder und Jugendliche ein eigenes Smartphone besitzen oder soziale Medien nutzen dürfen – und wie verändern Informationen über mögliche Folgen die Einschätzung zum Mindestalter?

### Ergebnisse

- Die Mehrheit hält 12 Jahre als Mindestalter für ein eigenes Smartphone für angemessen.
- Wenn über Risiken informiert wird, steigt diese Altersgrenze um etwa 4 Monate an. Wenn der potentielle Nutzen herausgestellt wird, sinkt sie.
- Die mehrheitlich befürwortete Mindestaltersgrenze zur selbständigen Nutzung sozialer Medien liegt mit 14 Jahren darüber. Auch sie erhöht sich, wenn über negativen Folgen informiert wird.
- Insgesamt befürwortet eine große Mehrheit der Erwachsenen ein Verbot privater Smartphone-Nutzung an Grundschulen und eine stärkere Medienerziehung an Schulen.

### *Abgebildet*

**Angemessene Mindestaltersgrenzen für den Besitz eines eigenen Smartphones und die Nutzung sozialer Medien**




### *Im Wortlaut*

„Informationen über die Wirkung digitaler Medien im Kindes- und Jugendalter sind wichtig. Sie können die Meinungen über das Mindestalter einer eigenständigen Nutzung dieser Medien beeinflussen."

PROF. DR. C. KATHARINA SPIESS (BiB)

### *Weiterer Literaturhinweis*

Brailovskaia, J.; Buchmann, J.; Hertwig, R.; Metzinger, T.; Montag, C.; Sadeghi, A.-R.; Schneider, S.; Spiecker gen. Döhmann, I.; Waldherr, A. (2025): Soziale Medien und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Diskussion Nr. 40, Halle (Saale): Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina.

Datenquelle: Eigene Analysen auf der Basis des GIMPulse-Samples 2025; gewichtete Werte

# Digitale Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen

## Einschätzungen zum Mindestalter und zur Rolle von Bildungseinrichtungen

*Sophia Schmitz (BiB); C. Katharina Spieß (BiB); Sabine Düval (Deutsches Jugendinstitut, DJI und BiB);*

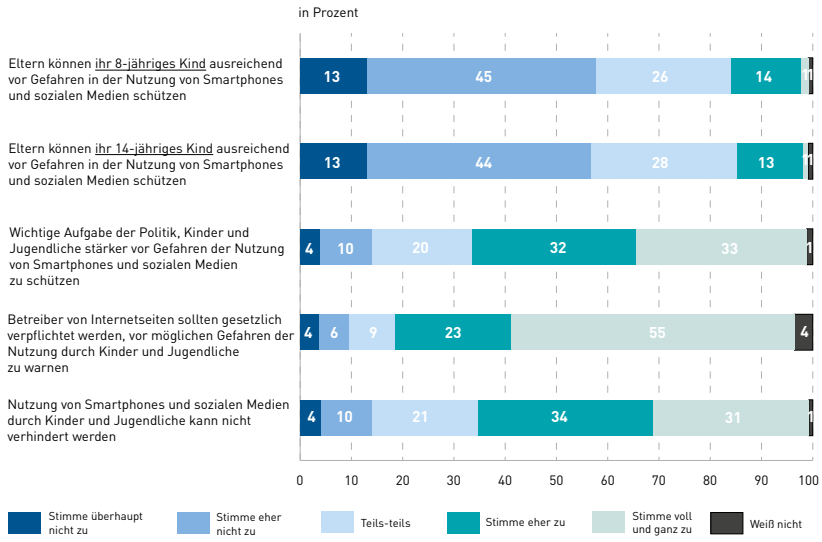
*Mathias Huebener (BiB); Nico A. Siegel (Gesellschaft für innovative Marktforschung, GIM)*

**Ab welchem Alter sollten Kinder ein eigenes Smartphone besitzen dürfen und ab wann sollten sie soziale Medien eigenständig nutzen können? Das sind Fragen, die für das Aufwachsen und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von großer Bedeutung sind und mit zunehmender Intensität in der breiten Öffentlichkeit und Politik diskutiert werden. Wie denken Wahlberechtigte über diese Themen und wie verändern sich diese Einstellungen, wenn über die möglichen positiven und negativen Folgen digitaler Medien informiert wird? Auf Basis einer Umfrage von 1.312 Deutschen zeigt sich, dass diese mehrheitlich ein Mindestalter von 12 Jahren für den Besitz eines eigenen Smartphones befürworten. Als Mindestalter für die eigenständige Nutzung von sozialen Medien werden mehrheitlich 14 Jahre angegeben, lediglich rund jeder Zehnte empfindet bereits ein Alter von unter 12 Jahren als angemessen. Die Bereitstellung von Informationen über mögliche negative Folgen der Nutzung digitaler Medien auf Kinder und Jugendliche erhöht das befürwortete Mindestalter. Darüber hinaus macht die Umfrage deutlich, dass eine große Mehrheit der befragten Erwachsenen für ein Verbot privater Smartphone-Nutzung an Grundschulen und eine stärkere Medienerziehung an Schulen ist.**

Die Nutzung digitaler Medien im Kindes- und Jugendalter hat erhebliche Folgen für das Aufwachsen der jungen Generation und damit auch für ihre Entwicklung bis ins Erwachsenenalter. Wie verschiedene empirische Untersuchungen zeigen, können unter anderem die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, ihre Schlafqualität, ihre körperliche Aktivitäten und ihr Wohlbefinden kurz- und auch langfristig negativ beeinflusst werden (z. B. Campbell et al. 2024; Brailovskaia et al. 2025; Thiagarajan et al. 2025). Zusätzlich können Kinder und Jugendliche durch die Nutzung digitaler Medien mit den unterschiedlichsten Folgen möglicher Desinformation, Cybermobbing oder Suchtverhalten konfrontiert sein. Gleichzeitig sind digitale Kompetenzen und ein Medienzugang zentrale Voraussetzungen für Bildungsgerechtigkeit und soziale Teilhabe in einer zunehmend vernetzten Gesellschaft. Auch die Nutzung von Lernangeboten im digitalen Raum kann förderlich sein. Die Folgen des Smartphone-Gebrauchs und der sozialen Medien hängen allerdings maßgeblich von der Nutzungsintensität und dem Alter ab, in dem diese verstärkt genutzt werden (z. B. Morata Sampaio et al. 2025; Poulain et al. 2025).

Die Frage, ab wann Kinder und Jugendliche Zugang zu Smartphones und sozialen Medien haben sollten, wird vor diesen Hintergründen kontrovers diskutiert. Darüber hinaus wird seit geraumer Zeit der Gebrauch privater Smartphones an Schulen diskutiert und teilweise auch geregelt. Die geltenden Regelungen unterscheiden sich zwischen den Bundesländern jedoch deutlich. Einzelne haben bereits ein entsprechendes Verbot durchgesetzt, andere überlassen die Verantwortung den einzelnen Schulen (Forum Bildung Digitalisierung 2025). Eine einheitliche gesetzliche Regelung für das Mindestalter eines Smartphone-Besitzes gibt es in Deutschland bisher nicht.

**ABB. 1: Einstellungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren der Nutzung digitaler Medien**




Anmerkung: Die Prozentangaben addieren sich aufgrund von Rundungsdifferenzen nicht immer auf 100 %. Dies trifft auch auf Abb. 2 und 4 zu. Datenquelle: Eigene Analysen auf der Basis des GIMPulse-Samples 2025; gewichtete Werte.

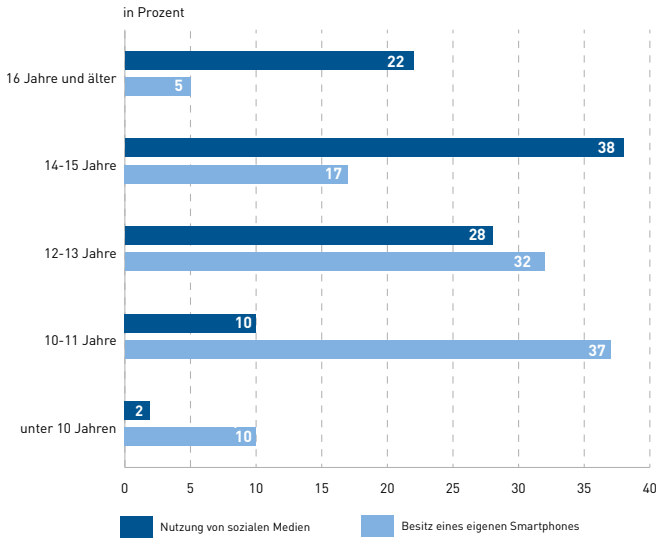
## *Einstellungen zur Mediennutzung von Jüngeren*

Dieser Beitrag thematisiert, wie Wahlberechtigte in Deutschland über digitale Medien bei Kindern und Jugendlichen denken und wie sich ihre Einstellungen verändern, wenn sie Informationen über deren positive und negative Folgen erhalten. Damit ergänzt er bestehende Studien, die sich etwa damit befassen, wie Jugendliche selbst darüber denken oder wie die Bevölkerung den Einfluss der Digitalisierung auf Schülerkompetenzen einschätzt (u. a. Richter et al. 2022). In einem bundesweiten Survey von 1.312 Erwachsenen im Alter ab 18 Jahren wurden unterschiedliche Aspekte der digitalen Mediennutzung durch Kinder und Jugendliche erfragt. Dabei wurde ein Surveyexperiment durchgeführt, in dem die Befragten zufällig mit unterschiedlichen Informationen über die Folgen des Smartphone-Gebrauchs durch Kinder und Jugendliche und über die Folgen der Social-Media-Nutzung konfrontiert wurden. Jeweils ein Viertel der Befragten erhielt Informationen entweder über die Vorteile der Smartphone- und Social-Media-Nutzung oder über mögliche negative Folgen; eine weitere Gruppe bekam sowohl Vor- als auch Nachteile ausgewogen dargestellt und eine Vergleichsgruppe erhielt keinerlei Informationen. Anschließend gaben alle Befragten eine Einschätzung zu einem Mindestalter für den Smartphone-Besitz und die Social-Media-Nutzung. Ein solches Studiendesign ermöglicht Erkenntnisse darüber, wie Informationen die Einstellungen zum Mindestalter beeinflussen können. Die Studie basierte auf einer Onlineerhebung im Rahmen des „GIMPulse-Panels", einem offline rekrutierten Online-Probability-Befragtenpool. Die Befragungsdaten wurden nach Region (Bundesland, West/Ost), Alter, Geschlecht und Bildung gewichtet. Dadurch spiegeln die Ergebnisse die Zusammensetzung der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland nach diesen Kriterien wider und sind besser verallgemeinerbar. Im Analysesample haben alle Befragten die deutsche Staatsangehörigkeit.

## *Einstellungen zum Schutz vor Gefahren digitaler Medien*

Die Befragten wurden auch zu ihren Einstellungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren der Nutzung digitaler Medien befragt (Abbildung 1). Diese wurde auf einer 5er-Likert-Skala, welche den Bereich von „stimme überhaupt nicht zu" bis zu „stimme voll und ganz zu" umfasst, erhoben. Es wird deutlich, dass die Mehrheit der Befragten die Wirksamkeit des elterlichen Schutzes vor digitalen Gefahren als begrenzt einschätzt und daher eine stärkere Verantwortungsübernahme seitens der Politik sowie der Betreiber von Internetplattformen befürwortet. So stimmt eine Mehrheit der Befragten nicht der Aussage zu, dass Eltern ihr Kind ausreichend vor möglichen Gefahren in der Nutzung von Smartphones und sozialen Medien schützen können; und zwar unabhängig davon, ob das Kind 8 oder 14 Jahre alt ist (knapp 60 Prozent stimmen überhaupt nicht oder eher nicht zu). Der Aussage, dass die Politik Kinder und Jugendliche stärker vor

**ABB. 2: Angemessene Mindestaltersgrenzen für den Besitz eines eigenen Smartphones und die Nutzung sozialer Medien**




Datenquelle: Eigene Analysen auf der Basis des GIMPulse-Samples 2025; gewichtete Werte

den Gefahren der Nutzung von Smartphones und sozialen Medien schützen sollte, stimmen zwei Drittel der Befragten „eher" oder „voll und ganz" zu. Besonders deutlich wird die Zustimmung bei der Aussage, dass Betreiber von Internetseiten gesetzlich verpflichtet werden sollten, vor möglichen Gefahren der Nutzung durch Kinder und Jugendliche zu warnen. Rund zwei Drittel sind sich aber auch sicher, dass unabhängig davon, was Politik, Schule und Eltern leisten können, es nicht möglich ist, die Nutzung von Smartphones und sozialen Medien durch Kinder und Jugendliche zu verhindern.

## *Einschätzungen zur „digitalen Volljährigkeit"*

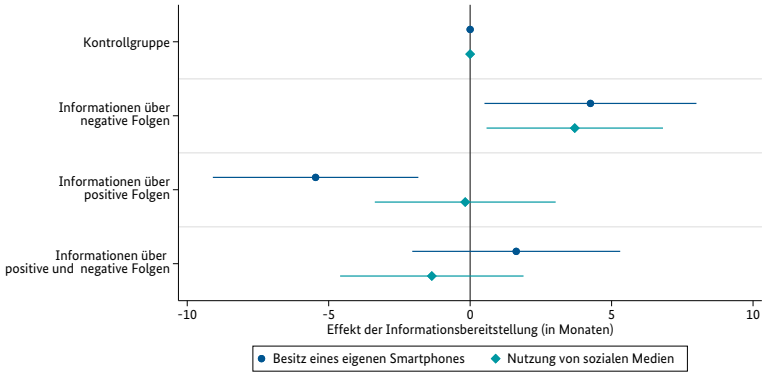
Die Antworten auf die Fragen, ab welchem Alter Kinder bzw. Jugendliche ein eigenes Smartphone besitzen und soziale Medien wie WhatsApp, Instagram, TikTok oder YouTube selbstständig nutzen dürfen sollen, sind Abbildung 2 zu entnehmen. Das durchschnittlich befürwortete Mindestalter für den Besitz eines eigenen Smartphones liegt bei 11,5 Jahren und damit rund zwei Jahre niedriger als das Mindestalter für die Nutzung von sozialen Medien, das im Mittel mit 13,5 Jahren angegeben wird. Bei der Social-Media-Nutzung meinen 38 Prozent, das Mindestalter sollte bei 14–15 Jahren liegen, während 22 Prozent dieses auf 16 Jahre und mehr festsetzen. Damit befürwortet mehr als die Hälfte der Befragten eine Mindestaltersgrenze für den Gebrauch der sozialen Medien von 14 Jahren. Die Angaben unterscheiden sich kaum nach dem Bildungshintergrund der befragten Person oder danach, ob sie mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt lebt oder nicht.

Können diese Einstellungen zu den angemessenen Altersgrenzen durch gezielte Informationen über Vor- und Nachteile der kindlichen und jugendlichen Nutzung digitaler Technologien verändert werden? Für diesen Teil der Studie wurden die Befragten zufällig einer der vier oben beschriebenen Gruppen für das Surveyexperiment zugeteilt. Als Beispiel für die negativen Folgen wurde u. a. Cybermobbing genannt. Als positive Aspekte wurden die Möglichkeiten genannt, jederzeit mit Familie und Freunden in Kontakt zu bleiben und den Zugriff auf umfangreiche Lernangebote zu haben.

Abbildung 3 zeigt die Ergebnisse des Experiments: Informationen über die Risiken der Nutzung digitaler Medien erhöhen das durchschnittlich befürwortete Mindestalter eines Smartphone-Besitzes und der selbständigen Nutzung sozialer Medien gegenüber der Kontrollgruppe um jeweils fast 4 Monate (auf rund 11,9 bzw. 13,9 Jahre). Informationen über die positiven Folgen führen nur im Hinblick auf die Smartphone-Nutzung zu einer Verringerung des Mindestalters; und zwar um rund ein halbes Jahr. Ausgewogene Informationen über Vor- und Nachteile führten hingegen zu keiner statistisch signifikanten Veränderung in den Einstellungen.

Die Effekte sind über die unterschiedlichen sozio-demografischen Gruppen hinweg sehr ähnlich. Sie unterscheiden sich weder signifikant zwischen Männern und Frauen noch in Abhängigkeit vom Alter oder Bildungshintergrund der Befragten. Außerdem zeigt sich, dass Befragte mit hoher Medienkompe-

**ABB. 3: Effekte von Informationen über Folgen der Nutzung digitaler Medien auf angemessene Mindestaltersgrenzen**



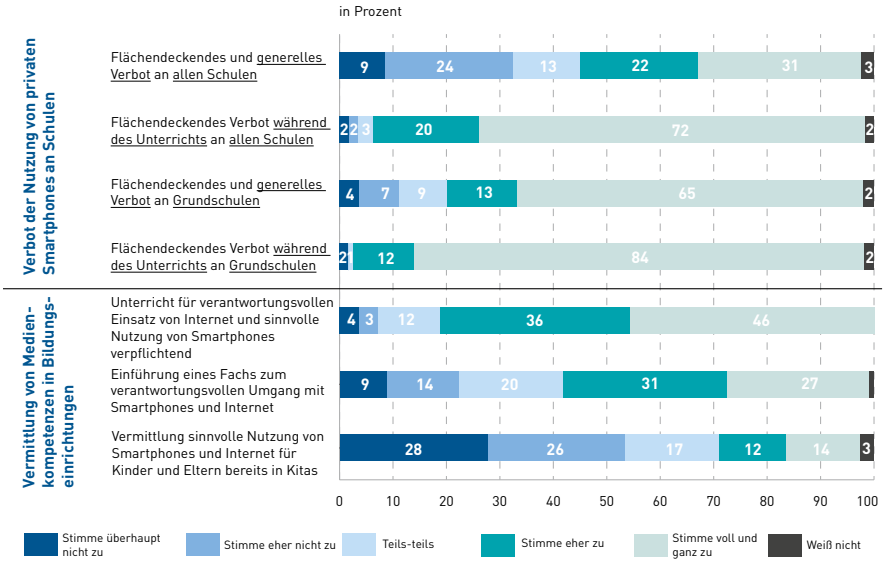

Lesebeispiel: Ein positiver Effekt verdeutlicht, dass Befragte nach der Darbietung von Vor- und/oder Nachteilen der Nutzung digitaler Technologien ein höheres Mindestalter festlegen als Befragte, die keine Informationen vorab bereitgestellt bekommen haben. Ein negativer Effekt dagegen zeigt, dass die Befragten nach der Darbietung von Vor- und/ oder Nachteilen der Nutzung ein niedrigeres Mindestalter als die Kontrollgruppe befürworten.
Datenquelle: Eigene Analysen auf der Basis des GIMPulse-Samples 2025.

tenz ein sehr ähnliches Mindestalter befürworten wie Befragte mit geringeren Medienkompetenzen. Befragte mit geringeren Kompetenzen reagieren jedoch deutlich stärker auf Informationen über Risiken, indem sie ein höheres Mindestalter befürworten als Befragte mit hoher Medienkompetenz.

## *Einstellungen zur digitalen Mediennutzung in Bildungseinrichtungen*

Neben Altersgrenzen und der Verantwortung von Eltern, Politik und Betreibern haben auch Bildungseinrichtungen Verantwortung für den Gebrauch digitaler Medien. Wie schätzen die Befragten diese Verantwortung ein? Wie Abbildung 4 verdeutlicht, decken die Einschätzungen im Hinblick auf ein Verbot von Smartphones ein breites Spektrum ab und sind abhängig von der Schulform und davon, ob ein generelles Verbot gemeint ist oder dieses ausschließlich den Unterricht betreffen soll. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (53 Prozent) stimmt einem generellen, flächendeckenden Verbot von privaten Smartphones an allen Schulen zu. Der Anteil der Befragten, die ein Verbot als wichtig erachten, steigt weiter an, wenn sich dieses auf die Nutzung im Unterricht beschränkt: 72 Prozent stimmen einem entsprechenden Verbot voll zu. Wenn die Verbote sich nur auf Grundschulen beziehen, steigt die Zustimmung ebenfalls: Knapp 80 Prozent stimmen dann zu, wenn es um Smartphones allgemein geht und über 95 Prozent, wenn es um die Nutzung im Grundschulunterricht geht.

**ABB. 4: Verbot der Nutzung von privaten Smartphones an Schulen und Medienerziehung an Schulen**




Datenquelle: Eigene Analysen auf der Basis des GIMPulse-Samples 2025; gewichtete Werte

Hinsichtlich der Verantwortlichkeit von Bildungseinrichtungen für die Förderung von Medienkompetenzen bei Kindern und Jugendlichen zeigt sich: Die Mehrheit befürwortet, den verantwortungsvollen Einsatz von Internet und die sinnvolle Nutzung von Smartphones im Unterricht

zu lehren. Nahezu 50 Prozent stimmen voll zu. Dem Vorschlag, dass an allen Schulen ein Fach zum verantwortungsvollen Umgang mit Smartphones und Internet eingeführt werden soll – auch wenn dies bedeutet, dass in anderen Fächern weniger Unterrichtsstunden angeboten werden – stimmen deutlich weniger Erwachsene voll zu (27 Prozent). Dem Vorschlag, dass eine sinnvolle Nutzung von Smartphones und Internet für Kinder im Kitaalter Eltern und Kindern bereits in Kindertageseinrichtungen vermittelt werden soll, stimmt etwas mehr als die Hälfte (54 Prozent) nicht zu. Insgesamt stehen die meisten Befragten also einem Gebrauch von Smartphones an Schulen, insbesondere im Unterricht, kritisch gegenüber – sehen es aber gleichzeitig als eine Aufgabe der Schulen, den Umgang mit diesen Medien zu lehren.

## *Fazit*

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die befragten Erwachsenen mit großer Mehrheit die Wirksamkeit des elterlichen Schutzes vor digitalen Gefahren als begrenzt einschätzen und eine stärkere Verantwortungsübernahme seitens der Politik sowie der Betreiber von Internetplattformen befürworten. Die Mehrheit spricht sich für ein generelles Verbot von Smartphones an allen Schulen, insbesondere an Grundschulen, im Unterricht aus. Sie sieht es mehrheitlich als eine Aufgabe der Schulen an, einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien im Unterricht zu thematisieren. Diese Befunde gehen in die ähnliche Richtung wie aktuelle Studien, z. B. Brailovskaia et al. (2025), die aufgrund empirischer Forschungsergebnisse ein bloßes Verbot von Handys an Grundschulen als nicht ausreichend betrachten, sondern dafür plädieren, dass dieses durch pädagogische Maßnahmen begleitet wird. Die Studienergebnisse zeigen außerdem, dass Informationen über negative Auswirkungen der frühen Smartphone-Nutzung und der sozialen Medien bei deutschen Erwachsenen eher zu einem höheren Mindestalter für die Nutzung digitaler Medien führen können. Für die Akzeptanz potenzieller politischer Regelungen zu einem „digitalen Volljährigkeitsalter" sind diese und weitere Erkenntnisse über diesbezügliche Einstellungen von Relevanz, wenn es darum geht, entsprechende Maßnahmen umzusetzen. Sie weisen darüber hinaus darauf hin, dass Informationen insbesondere über die Risiken diese Einstellungen verändern können und zeigen, dass die Präferenzen vieler Erwachsener zu diesem Thema durch Informationen zumindest kurzfristig veränderbar sind.

## *Literatur*

Brailovskaia, J.; Buchmann, J.; Hertwig, R.; Metzinger, T.; Montag, C.; Sadeghi, A.-R.; Schneider, S.; Spiecker gen. Döhmann, I.; Waldherr, A. (2025): Soziale Medien und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Diskussion. Halle. https://doi.org/10.26164/leopoldina_03_01307

Campbell, M.; Edwards, E. J.; Pennell, D.; Poed, S.; Lister, V. et al. (2024): Evidence for and against banning mobile phones in schools: A scoping review. In: Journal of Psychologists and Counsellors in Schools, 34(3): 242-265. https://doi.org/10.1177/20556365241270394

Forum Bildung Digitalisierung e. V. (Hrsg.) (2025): Forum Bildung Digitalisierung: Orientierungspapier zu Smartphone Nutzung an Schulen. Berlin.

Morata Sampaio, L.; Morales Santana, M. L; Etopa Bitata, M. d. (2025): Use of mobile devices and psychosocial difficulties in children under 12 years of age: A systematic review and meta-analysis. In: Current Psychology. https://doi.org/10.1007/s12144-025-08198-9

Poulain, T.; Meigen, C.; Kiess, W. et al. (2025): Smartphone use, wellbeing, and their association in children. In: Pediatric Research. https://doi.org/10.1038/s41390-025-04108-8

Richter, A.; Adkins, V.; Selkie, E. (2022): Youth Perspectives on the Recommended Age of Mobile Phone Adoption: Survey Study. In: JMIR Pediatrics and Parenting 5(4): e40704. https://doi: 10.2196/40704

Thiagarajan, T. C.; Newson, J. J.; Swaminathan, S. (2025): Protecting the Developing Mind in a Digital Age: A Global Policy Imperative. In: Journal of Human Development and Capabilities, 26(3): 493-504. https://doi.org/10.1080/19452829.2025.2518313

# BiB.Wissenschaftlerin Dr. Sophia Schmitz

***Dr. Sophia Schmitz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Bildung und Humanvermögen am BiB. Sie promovierte an der Freien Universität Berlin und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und arbeitete im Anschluss als Referentin am Bundesministerium der Finanzen.***
***Am BiB forscht sie zu Themen der frühen Bildung und der Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit innerhalb von Familien.***

### *Meine allgemeinen Forschungsschwerpunkte sind:*

Meine Forschung verbindet Themen der frühen Bildung und der Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit innerhalb von Familien. Im Zentrum stehen Fragen der Ungleichheiten beim Kitazugang und anderer Angebote der frühen (Familien-)Bildung sowie deren Bedeutung für die kindliche Entwicklung, die Erwerbstätigkeit von Müttern und Prozesse gesellschaftlicher Integration. Darüber hinaus befasse ich mich mit der Elternzeitnahme von Vätern und der Erwerbsbeteiligung von Müttern – insbesondere im Kontext von Familien mit Zuwanderungsgeschichte, Alleinerziehenden und der Bedeutung sozialer Normen.

### *An meiner Forschungsarbeit fasziniert mich besonders …*

wie Familie, institutionelle Angebote und familien- und bildungspolitische Maßnahmen zusammenwirken und Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern prägen. Diese Zusammenhänge mit Daten und Analysen sichtbar zu machen, finde ich besonders spannend.

### *Mein Forschungsgebiet ist gesellschaftlich relevant, weil …*

die frühe Kindheit die Weichen für das ganze Leben stellt. Ungleichheiten beim Aufwachsen können sich dauerhaft auf Bildung, Erwerbstätigkeit und gesellschaftliche Teilhabe auswirken – umso wichtiger sind effektive politische Maßnahmen, die hier gezielt ansetzen.

### *Bei meinen bisherigen Forschungsbefunden hat mich besonders überrascht, …*

welch eine große Rolle soziale Normen bei der Erwerbsentscheidung von Müttern spielen und wie stark diese Entscheidungen durch intergenerationale Prägungen sowie durch das Verhalten im unmittelbaren sozialen Umfeld beeinflusst werden.

### *Am BiB zu forschen gefällt mir, weil …*

wir nicht nur interdisziplinär arbeiten und dadurch vielfältige Perspektiven vereinen, sondern unsere Erkenntnisse auch beratend in die Politikgestaltung einfließen – und das in einem Arbeitsumfeld, das von Kollegialität und gegenseitiger Unterstützung geprägt ist.

*Veranstaltung BiB.Informiert spezial*

# Was tun gegen den Fachkräftemangel?

Wie dem demografisch bedingten Fachkräftemangel begegnet werden kann, diskutierten Forschende des BiB bei der Veranstaltung BiB.Informiert spezial.

## Erhöhung des Erwerbsvolumens nötig

BiB-Direktorin Prof. Dr. C. Katharina Spieß wies darauf hin, dass mit dem Eintritt der Babyboomer in den Ruhestand das Erwerbspersonenpotenzial künftig weiter abnehmen wird. Potenziale für eine Erhöhung des Erwerbsvolumens ergeben sich – so unterschiedliche Szenarien des BiB – durch eine Erhöhung des Erwerbsvolumens von Frauen in Westdeutschland auf das Niveau der Frauen in Ostdeutschland und durch eine Steigerung des Erwerbsvolumens älterer Erwerbstätiger. Die Szenarien gehen insbesondere von einer Steigerung des Erwerbsvolumens von Erwerbstätigen im Alter von 65-69 Jahren aus. Eine weitere Rolle spielt auch das Niveau der Nettozuwanderung, die in unterschiedlichen Szenarien berücksichtigt wurde.

## Steigerung der Müttererwerbstätigkeit

Wie sich die ideale und tatsächliche berufliche Arbeitszeit von Müttern und Vätern unterscheiden und welche Potenziale sich dadurch für den Arbeitsmarkt ergeben, untersuchte Forschungsdirektor Prof. Dr. Martin Bujard auf der Basis von Daten des familiendemografischen Panels FReDA. Demnach decken sich ideale und tatsächliche Arbeitszeit bei Müttern von Kleinkindern bei etwa 21 Stunden pro Woche. Mit dem Alter des Kindes steigt jedoch die ideale Arbeitszeit von Müttern kontinuierlich an und liegt bei Müttern mit Schulkindern mit etwa 5-6 Stunden deutlich über ihrer tatsächlichen Arbeitszeit. Bei den Vätern mit Kindern unter 12 Jahren gilt es dagegen als ideal, etwas weniger zu arbeiten als die etwa 40 Stunden, die Väter in der Realität wöchentlich arbeiten. „Selbst, wenn die Väter ihre Arbeitszeit entsprechend reduzieren, kommt es zu einem Potenzial von zusätzlich 325.000 Vollzeitäquivalenten, wenn Mütter real so viel arbeiten wie als ideal angegeben“, resümierte Prof. Dr. Bujard.

Ein besonders effektiver Hebel, um die Erwerbspotentiale von Müttern mit jungen Kindern zu heben, kann der weitere Ausbau der Kitaangebote sein. Zuletzt hat jede fünfte Familie mit einem Kind von 1 bis unter 3 Jahren keinen Kitaplatz, obwohl Bedarf besteht. „Diese von ungedeckten Betreuungsbedarfen betroffenen Mütter sind mehrheitlich nicht erwerbstätig, äußern jedoch ausgeprägte Erwerbswünsche: Rund 90 Prozent von ihnen möchten einer Erwerbstätigkeit nachgehen.“, erklärte BiB-Wissenschaftlerin Dr. Sophia Schmitz. Wären die Kitabedarfe vollständig gedeckt, könnte die Erwerbsbeteiligung der Mütter gesteigert werden, vor allem im Teilzeitbereich. Ein weiteres großes Erwerbspotenzial liegt bei Müttern mit Zuwanderungsgeschichte, die mehr als ein Drittel aller Mütter in Deutschland ausmachen. Um dieses Potenzial zu erschließen, bedarf es zum Beispiel einer schnelleren und transparenteren Anerkennung von Berufsabschlüssen im Ausland.

## Erwerbspotenziale Neuzugewanderter

Am Beispiel von Ukrainerinnen und Ukrainern, die im ersten Halbjahr 2022 in Deutschland Schutz suchten, verdeutlichte BiB-Wissenschaftlerin Dr. Lenore Sauer die Erwerbspotenziale von Neuzugewanderten. Diese Gruppe verzeichnete seit ihrer Ankunft kontinuierliche Zuwächse bei der Erwerbsbeteiligung. „Im Sommer 2025 lag die Erwerbstätigenquote hier bei 50 Prozent“, sagte Dr. Sauer. Allerdings haben Frauen eine niedrigere Erwerbstätigenquote als die Männer. Dies gilt vor allem für Mütter mit  Kindern unter 7 Jahren. Etwa 50 Prozent, die in der Ukraine erwerbstätig waren, arbeiteten in sogenannten Engpassberufen, d. h. jeder Zweite bringt Berufserfahrung mit, die zur Deckung von Personalengpässen auf dem deutschen Arbeitsmarkt beitragen könnte. Deren Potenzial wird derzeit noch nicht ausreichend ausgeschöpft,

weil bisher nur ein geringerer Teil in Deutschland in diesen Berufen tätig ist.

### *Erwerbspotenziale Älterer erschließen*

Für die Abschätzung der Erwerbspotenziale älterer Menschen ist deren geplantes Alter bei Erwerbsaustritt von zentraler Bedeutung. „Eine wichtige Rolle spielt hier die persönlich eingeschätzte Lebensdauer“, erklärte BiB-Wissenschaftler Dr. Andreas Mergenthaler. Dabei tendieren Frauen vom mittleren bis ins höhere Lebensalter dazu, ihre Lebenserwartung zu unterschätzen. Eine solche Unterschätzung beeinflusst das geplante Erwerbsaustrittsalter bei älteren Menschen in Teilzeiterwerbstätigkeit und führt dazu, dass sich diese rund 12 Monate früher vom Erwerbsleben zurückziehen wollen. Da gerade ältere Frauen häufiger teilzeiterwerbstätig sind als Männer und eher dazu neigen, ihre Lebensdauer zu unterschätzen, könnten bei ihnen durch eine realistischere Einschätzung ihrer Lebensdauer Erwerbspotenziale gefördert werden. Für die Verwirklichung des geplanten Erwerbsaustrittsalters sind jedoch weitere Aspekte entscheidend. Hierzu gehören u. a. das berufliche Qualifikationsniveau und die Gesundheit sowie die mit der beruflichen Tätigkeit verbundenen Belastungen und vor allem eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und familienbezogenen Sorgearbeiten. *Bernhard Gückel*

*Veranstaltung Tag der offenen Tür*

# *Großer Andrang am BiB-Stand*

Was macht eigentlich das BiB? Beim diesjährigen Tag der offenen Tür der Bundesregierung am 23. August konnten sich die Besucherinnen und Besucher über die vielfältigen Aufgaben des BiB an seinem Infostand näher informieren. Zeitweise kam es zu langen Schlangen vor der BiB-Theke. Und auch Bundesinnenminister Alexander Dobrindt als oberster Dienstherr des BiB ließ es sich bei seinem Rundgang nicht nehmen, am Stand vorbeizuschauen und ins Gespräch zu kommen.

Als besonders beliebt erwies sich das Glücksrad in Verbindung mit einem Quiz, in dem Fragen zu demografischen Fakten beantwortet werden mussten. Gefragt wurde zum Beispiel nach der korrekten Einwohnerzahl in Deutschland (korrekte Antwort: 84 Mio.) oder wie hoch der Anteil der Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Deutschland ist (korrekte Antwort: 26 Prozent). Für die Teilnehmenden gab es dann eine kleine Anerkennung.

Hoher Besuch: Bundesinnenminister Alexander Dobrindt besucht den Stand des BiB. Jutta Prior und Yvonne Halfar vom BiB informierten über das Institut.

Viel zu tun hatten Yvonne Halfar (vorne) und Jutta Prior, um das große Interesse des Publikums am BiB-Stand zu befriedigen.

BiB
NACHGEFRAGT

*Samira Beringer im Interview mit BiB.Aktuell*

# *Elternverlust und der Kinderwunsch*

**Der Verlust eines Elternteils ist auch für erwachsene Kinder ein oftmals einschneidendes Erlebnis, das ihre eigenen Kinderwünsche beeinflussen kann. Inwieweit sich dieser Verlust auf die Fertilitätsabsichten der hinterbliebenen Kinder tatsächlich auswirkt, hat BiB-Wissenschaftlerin Samira Beringer untersucht. Im Interview erläutert sie ihre Befunde auf der Basis von Daten der deutschen Panelstudie pairfam.**

***Frau Beringer, wie beeinflusst der Verlust der Eltern die Fertilitätswünsche ihrer Kinder?***

Die Auswirkungen des Todes der eigenen Eltern im Zusammenhang mit Fertilitätswünschen sind bisher in der Forschung wenig beachtet worden. Es wurde zwar zu einigen kritischen Lebensereignissen und ihren Auswirkungen auf Fertilitätsabsichten geforscht, aber kaum zu den Auswirkungen des elterlichen Verlusts. Aus meinen Befunden geht hervor, dass sich Veränderungen der kurzfristigen Fertilitätsabsichten nach dem Tod eines Elternteils nicht nur danach unterscheiden, ob es sich bei dem verstorbenen Elternteil um die Mutter oder den Vater handelt, sondern auch welches Geschlecht die hinterbliebenen Kinder haben und ob diese zum Zeitpunkt des Verlusts bereits eigene Kinder hatten.

***Welche Geschlechterunterschiede bei den Fertilitätsabsichten nach dem Tod der Eltern haben Sie festgestellt?***

Die Ergebnisse zeigen unterschiedliche Veränderungsrichtungen, je nachdem, ob die Befragten Frauen oder Männer waren und ob diese den Tod der eigenen Mutter oder des eigenen Vaters erlebt haben. Demnach haben Frauen nach dem Tod ihrer Mutter eine Tendenz zu geringeren Fertilitätsabsichten. Dagegen weisen Männer einen leichten Anstieg der Absichten auf. Jedoch waren beide Veränderungen nicht statistisch signifikant. Im Fall des Todes des Vaters bleiben bei den Frauen die Fertilitätsabsichten relativ stabil. Die Männer zeigen hingegen nach dem Verlust des Vaters eine Tendenz zu sinkenden Fertilitätsabsichten.

***Spielt es bei den Kinderwünschen eine Rolle, ob die Befragten beim Zeitpunkt des Verlusts eines Elternteils kinderlos oder schon Eltern waren?***

Ja, anhand der Daten lässt sich zeigen, dass kinderlose Personen dazu neigen, ihre Fertilitätsabsichten nach dem Tod ihrer Mutter zu erhöhen. Nach dem Tod des Vaters neigen Eltern eher dazu, ihre Fertilitätsabsichten zurückzustellen. Auch hier zeigen sich Geschlechterunterschiede: Während kinderlose Männer nach dem Tod der eigenen Mutter einen Anstieg ihrer Fertilitätsintentionen zeigen und Väter geringere Fertilitätsintentionen um den Zeitpunkt des Todes des eigenen Vaters aufweisen, findet man für Frauen unabhängig ihres Elternstatus keine signifikanten Veränderungen.

***Welche Impulse können Ihre Erkenntnisse der Fertilitätsforschung liefern?***

Diese Befunde können dazu beitragen, die Unterschiede in den Fertilitätsabsichten im Lebensverlauf zu erklären. Dadurch wird ein umfassenderes Verständnis der sozialen und familiären Kontexte vermittelt, in denen Entscheidungen für oder gegen eigene Kinder getroffen werden. Daher sollte zukünftige Familienforschung bei dieser Frage den Verlust eines Elternteils als Lebensereignis miteinbeziehen. *Bernhard Gückel*

*Die Studie zum Thema:*

Beringer, Samira (2025): The impact of parental loss on fertility intentions: A life course perspective. Wiesbaden

@bib-bund
@bib_bund
@bib_bund
@wisskomm.social